

Evangelische Verantwortung

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Themen:

Editorial	3
70 Jahre Barmer Theologische Erklärung	7
Evangelisches Leserforum	13
Das neue Erscheinungsbild des EAK	14

Zum Gedenken an Hermann Ehlers

Dr. Wolfgang Schäuble MdB

Das Gedenken an Hermann Ehlers, dessen Geburtstag sich zum 100. Mal jährt und sein Todestag zum 50. Mal, ist ein guter Grund, über evangelische Verantwortung nachzudenken. Am 1. Oktober 1904 wurde er in Berlin geboren. Beide Eltern stammten aus Sülze in der Lüneburger Heide. Der Vater brachte es in Berlin bei der Post bis zum Amtmann, ein pflichtbewusster, strebsamer Beamter, von konservativer Grundhaltung und überzeugter Monarchist. In Steglitz, dem „größten Dorf Preu-

Schriftleitung eines Mitteilungsblattes und von 1930 bis 1933 war er Mitglied der Reichsleitung des Bundes Deutscher Bibelkreise. Das lang andauernde Engagement dieser evangelischen Ausprägung der Jugendbewegung beschreibt einen Gutteil der Wurzeln, auf denen das Wirken von Hermann Ehlers zeitlebens gründet.

Nach dem Abitur 1922 studierte er Rechtswissenschaften, zuerst in Berlin. 1923 wurde er Mitglied des Vereins Deutscher Studenten, eines konservativen, parteipolitisch nicht gebundenen Studentenverbandes, der den nationalen Gedanken pflegte. Ehlers entschloss sich, im Studium nach Bonn zu wechseln, um die Bemühungen seiner Studentenverbindung um deutsche Präsenz im besetzten Rheinland tatkräftig zu unterstützen – „Grenzlandarbeit“ nannte man das damals. So überrascht es auch nicht, dass Hermann Ehlers in der Weimarer Zeit sich der Deutschnationalen Volkspartei verbunden fühlte, auch wenn er damals nicht Mitglied einer politischen Partei wurde. Die Jugendbewegung war eher kritisch eingestellt gegenüber Parteien und Parlamentarismus. Bei Karl Schmidt hat Ehlers promoviert, dessen Ordnungsvorstellungen er der Weimarer Realität bei weitem vorzog.

Nach der großen juristischen Staatsprüfung 1931 wurde er Justiziar bei der Notgemeinschaft der Inneren Mission; danach folgten Tätigkeiten bei der Justiz- und Kommunalverwaltung, in Anwaltskanzleien, und zwischendurch wurde er 1937 Richter in Berlin, 1939 aber

Das Gedenken an Hermann Ehlers, dessen Geburtstag sich zum 100. Mal jährt und sein Todestag zum 50. Mal, ist ein guter Grund, über evangelische Verantwortung nachzudenken.



„Jede menschliche Freiheitsordnung braucht Grenzen und Wertorientierung, wenn sie der Gefahr widerstehen soll, sich selbst zu zerstören.“

ßens“, ist Hermann Ehlers aufgewachsen. Mit 15 Jahren schloss er sich dem Bibelkreis höherer Schüler an, dem er lange verbunden blieb: Als Jurastudent übernahm er 1925 die Leitung des Steglitzer Kreises, 1928 die

wieder entlassen. Ab 1940 war er Soldat. 1945 wurde er juristischer Oberkirchenrat der Landeskirche Oldenburg.

So war sein beruflicher Weg bis zu seiner Wahl in den ersten Deutschen Bundestag 1949 immer stark durch sein kirchliches Engagement geprägt. Den Nationalsozialismus hatte er von Beginn abgelehnt. Im Kirchenkampf wurde er in steigendem Maße aktiver Gegner. Er arbeitete seit 1933 an führender Stelle für die Bekenkende Kirche. Er nahm berufliche Nachteile auf sich, musste zahlreiche Haussuchungen, auch eine kurzfristige Inhaftierung durch die Gestapo über sich ergehen lassen.

Ehlers blieb in der Weimarer Zeit Anhänger der Monarchie. Da ist man leicht bei dem Bündnis von Thron und Altar, das eine wichtige Rolle in der deutschen Geschichte des Protestantismus spielt. Aber vielleicht ist das doch zu einfach, für das, was Hermann Ehlers und seine Mitstreiter prägte. Mir scheint, dass es mehr die Suche nach Orientierung und Ordnung in Zeiten von grundstürzenden Veränderungen war. Es ging ja alles so schnell, vom Glanz des Kaiserreichs und dem Selbstgefühl der von Bismarck endlich vereinten – wie Plessner gesagt hat wohl auch verspäteten – Nation, dem ungeheuren Aufschwung in der Kaiserzeit bis zum Zusammenbruch aller Selbstgewissheit im Ersten Weltkrieg und zu der Entwurzelung in der ruhelosen Weimarer Republik. Wer um die Sündhaftigkeit des Menschen weiß und seine Verführbarkeit auch, der sucht Verlässlichkeit, Beständigkeit. Und ganz so schnell musste man vielleicht nach 1918 noch nicht verstehen, dass das Ordnungsmodell der rechtlich gebundenen, demokratisch verfassten, konstitutionellen Monarchie nicht nur eine Katastrophe erlitten, sondern sich durch das Versagen ihrer Eliten für Deutschland als nicht mehr zukunftsfähig erwiesen und sich damit unwiderruflich beseitigt hatte.

Bei Gustav Stresemann war das ähnlich. Der wurde vom Nationalisten, Kriegszielstreiter und Monarchisten zum führenden Demokraten der Weimarer Republik, weil er, ein Vierteljahrhundert älter, früher als Hermann Ehlers begreifen musste, dass die alte Ordnung sich selbst zerstört hatte.

Bei Hermann Ehlers jedenfalls ist entscheidend, dass er dem Nationalsozialismus von Anfang an widerstand. Eugen Gerstenmaier hat im Gedächtnis an Hermann Ehlers davon gesprochen, dass der entschiedene Wider-

spruch gegen eine im Namen Deutschlands auftretende Bewegung der nationalen Erneuerung Ehlers nicht leicht fiel. Aber Ehlers widerstand. Die Gewissheit des Glaubens war für ihn mit Kirchenfeindlichkeit und dem Infragestellen jeder klaren Bekenntnisgrundlage nicht zu vereinbaren. „Es ist kennzeichnend“, schrieb er 1949, „dass die dem Nationalsozialismus Widerstand leistende Kirche sich ‚Bekennende Kirche‘ nannte, dass damals die Gemeinde lernte, das Glaubensbekenntnis gemeinsam zu sprechen“.

Aber die Kirche ist in der Welt, und für die trägt der Christ Verantwortung. Deshalb verband sich für Hermann Ehlers sein Glaube immer mit seinem Engagement für die weltliche Ordnung. Den totalitären Anspruch einer staatlichen Ordnung auf den ganzen Menschen lehnte er ab, und als er mit der Machtergreifung Hitlers „zwischen den Pflichten“ stand, hatte er Kopf und Herz genug zu erkennen, welchem Herrn in solchem Konflikt zu dienen sei. Nicht Weltabgeschlossenheit, nicht weltfremde Enthaltensamkeit bedeutete für Hermann Ehlers Christsein, sondern Grundlage für jedes Tun in dieser Welt. Daraus wurde sein Engagement für den Aufbau einer demokratischen, rechtsstaatlichen Ordnung nach der Katastrophe. Man müsse sich jetzt ganz anders verhalten als in der Weimarer Zeit, erklärte er gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges seinen Freunden.

So fand er 1946 den Weg in die CDU. Evangelische und katholische Christen waren mit dem Nationalsozialismus der gleichen Herausforderung begegnet. Der Kirchenkampf hatte Menschen beider Konfessionen zusammengeführt, der 20. Juli hatte die Bande gefestigt und das gemeinsame Leiden in den Konzentrationslagern auch, und das führte zur Gründung einer Partei, in der Christen beider Konfessionen zusammenarbeiteten.

Ehlers wurde rasch der Sprecher des evangelischen Flügels. Er wollte evangelische Christen für den Einsatz für die Demokratie und für die CDU gewinnen, und er suchte den Einfluss der evangelischen Seite in der CDU zu sichern, die schon mit einer Art Minderwertigkeitskomplex gegenüber den katholischen Parteifreunden begann. Politisch waren die Katholiken schon seit dem Bismarckreich besser organisiert, was viel mit dem anderen Selbstverständnis der römischen Kirche zu tun hat.

Also musste auf eine gewisse Gleichberechtigung geachtet werden. So entstand 1952 der Evangelische Arbeitskreis, dessen erster

Nicht Weltabgeschlossenheit, nicht weltfremde Enthaltensamkeit bedeutete für Hermann Ehlers Christsein, sondern Grundlage für jedes Tun in dieser Welt.

Liebe Leserin, lieber Leser,

gerade ist der **18. Parteitag der CDU** Deutschlands in Düsseldorf zu Ende gegangen. Die Botschaft, die von diesem Parteitag ausgeht, ist zum einen der konsequente Aufruf und die Mahnung zu neuer Geschlossenheit in der Union. Zum anderen wird es aber meines Erachtens im Hinblick auf die kommenden Jahre auch darum gehen müssen, dass wir in überzeugender und glaubwürdiger Weise genau die Themen hervorheben, die im Zentrum unserer christdemokratischen Politik und Verantwortung stehen. Dazu gehören neben den etablierten Kernbereichen der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialkompetenz in erster Linie auch die Fragen hinsichtlich der Unverzichtbarkeit tragfähiger und verbindlicher Werte sowie der ethischen Grundorientierungen auf der Basis unseres gemeinsamen christlichen Menschenbildes und Glaubens. Gerade hier aber müssen wir uns eines immer vor Augen halten: Es wird auf diesem so wichtigen gesellschaftspolitischen Feld der wertmäßigen Auseinandersetzung vor allem darum gehen, den diesbezüglichen Worten und Sonntagsreden glaubwürdige politische Taten folgen zu lassen. Nichts ist kontraproduktiver für die Substanz einer Wertedebatte als hohle Rhetorik.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU wird sich hier - in gewohnter und bewährter Weise - dafür einsetzen, dass unsere Partei in diesen wichtigen Fragen auch in Zukunft programmatisch klar und unmissverständlich Flagge zeigt, ob nun beispielsweise beim Schutz der Menschenwürde am Beginn und am Ende des Lebens, bei den Herausforderungen des kulturellen und religiösen Miteinanders, bei der Achtung der elementaren Menschenrechte oder bei der konsequenten Förderung von Ehe, Familie und Kindern. Dass unsere Parteivorsitzende, Frau Dr. Angela Merkel, - neben vielem anderen - genau diese Themen in Ihrer Rede auf dem Düsseldorfer Parteitag betont herausgehoben hat, freut uns als EAK der CDU/CSU sehr und wir betrachten dies auch als deutliche Bestätigung unserer profilierten Arbeit der letzten Jahre. Zu Ihrer Wiederwahl als Parteivorsitzende der CDU Deutschlands wünschen wir unserer ehemaligen EAK-Bundesvorsitzenden, Angela Merkel, somit von Herzen alles Gute und Gottes Segen.

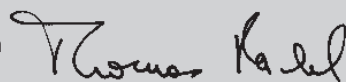
Wenn wir nun in der kommenden segensvollen Zeit der Geburt Christi gedenken und unsere Herzen für seine Ankunft öffnen, wird mir dieser Tage wieder erneut bewusst, wie wichtig es doch für uns Christen ist, in der Advents- und Weihnachtszeit nicht nur eine Zeit der persönlichen Besinnung und Erbauung zu erblicken, sondern auch unser christliches Engagement für die uns anvertraute Welt und unseren unmittelbaren Nächsten zu überdenken. In diesem Sinne habe ich jüngst zusammen mit anderen Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Antrag im Deutschen Bundestag auf **Vermeidung von Spätabtreibungen** als Hilfe für Eltern und Kinder mitinitiiert. Leider will aber die Mehrheit aller anderen

im Bundestag vertretenen Parteien dies ablehnen. Die wachsende Zahl der dramatischen und unfassbaren Berichte über diese späten Tötungen im Mutterleibe stellt einen unhaltbaren Zustand dar, der nicht akzeptabel ist. Aus Sicht der Union zeigen alle bisherigen Erfahrungen, dass der Schutz behinderten ungeborenen Lebens den verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht genügt, da entgegen der gesetzgeberischen Erwartung zunehmend Schwangerschaftsabbrüche allein wegen der Behinderung des Kindes unter Inanspruchnahme des Tatbestandes der medizinischen Indikation erfolgen. Da in diesen Fällen - im Gegensatz etwa zu Abtreibungen in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen - keinerlei Beratungspflicht bzw. psycho-soziale Betreuung stattfindet, obwohl in vielen Fällen das Kind auch außerhalb des Mutterleibes als lebensfähig zu erachten ist, haben wir Christdemokraten eindeutige Korrekturen in Bezug auf diesen Missstand gefordert: Dazu gehören unter anderem im Zuge der pränatalen Diagnostik eine umfassende fachliche Beratung inklusive der Kostenübernahme durch die Krankenkassen sowie - in Fällen, wo das Leben der werdenden Mutter nicht akut gefährdet ist - eine Bedenkzeit von drei Tagen. All dies wird von den übrigen Parteien im Deutschen Bundestag leider abgelehnt. Wenn man sich vor Augen hält, dass nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes Eltern vom behandelnden Arzt sogar Schadenersatz bei mangelhafter Pränataldiagnostik und dementsprechend nicht erkannter Behinderung fordern können, sagt dies nicht nur Erschreckendes über die Stellung behinderten Lebens in unserer Gesellschaft sondern auch über die vorherrschenden Ideologie in allen anderen Parteien des Deutschen Bundestages aus.

Einen deutlicheren Gegensatz kann man sich leider kaum denken: Während uns als Christen gerade in der Geburt eines Kindes in aller Schwachheit und Niedrigkeit Heil, Rettung und Zuspruch zuteil wird, sieht man in unserer Gesellschaft zunehmend über das Lebensrecht von unzähligen ungeborenen Kindern hinweg. Bethlehem ist näher als mancher vielleicht denken mag!

Ein gesegnetes, friedvolles Weihnachtsfest und ein gesundes und gutes neues Jahr wünscht Ihnen mit Dank und in herzlicher Verbundenheit

Ihr



Thomas Rachel MdB
(Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU)



Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU wird sich – in gewohnter und bewährter Weise – dafür einsetzen, dass unsere Partei in den wichtigen gesellschaftspolitischen und ethischen Fragen auch in Zukunft programmatisch klar und unmissverständlich Flagge zeigt.

Vorsitzender Hermann Ehlers wurde. Und die Tatsache, dass es nie einen katholischen Arbeitskreis der CDU gegeben hat, drückt das Bedürfnis nach organisatorisch verfasster evangelischer Repräsentation ganz ähnlich aus, wie die Tatsache einer Frauenunion. Ob es eine Frauenunion in der CDU heute noch geben muss, darüber ist im Zusammenhang mit der Frauenquote in den letzten Jahren gelegentlich heftig diskutiert worden. Ich verbrenne mir daran heute nicht die Finger. Das Selbstverständnis des Evangelischen Arbeitskreises hat sich jedenfalls längst gewandelt. Konfessionellen Proporz sicherzustellen, da sieht heute niemand mehr aktuellen Handlungsbedarf. Die Jüngeren muss man schon daran erinnern, dass das lange nicht so selbstverständlich gewesen ist.

Auf das Engagement von Christen, evangelischen und katholischen, in der Politik und für die Demokratie, bleiben wir angewiesen und auf das Wertefundament, das auf christlicher Überlieferung gründet, auch.

Und selbst die Berührungspunkte zwischen den institutionell verfassten Landeskirchen und der EKD einerseits und der CDU andererseits sind spätestens seit der Wende in Deutschland geringer geworden. Dass es sie gar nicht mehr gäbe oder nie gegeben hätte, würde allerdings protestantischer Wahrheitsliebe auch nicht entsprechen. Hermann Ehlers hat diese Entwicklung nicht mehr erlebt, weil er viel zu früh, schon 1954 verstorben ist. Und das war gerade die Zeit, in der sich diese Gegensätze erst so richtig herausbildeten, im Streit um Westintegration und Wiederbewaffnung zuerst und später etwa in den Ängsten vor Kernenergie oder den Gefahren der Ost-West-Konfrontation. Ob Hermann Ehlers manches davon hätte verhindern können, wissen wir nicht. Man wird jedenfalls eine gewisse Linkslastigkeit kirchlicher Gremien in den zurückliegenden Jahren kaum bestreiten können, die im Übrigen im Widerspruch steht zu der Tatsache, dass der Anteil der CDU-Wähler unter regelmäßigen Gottesdienstbesuchern seit langem in der evangelischen Kirche ähnlich hoch ist wie bei den Katholiken. Bei Kirchentagsbesuchern waren die Zahlenverhältnisse gelegentlich auch anders.

Die Frage des konfessionellen Proporzes jedenfalls ist in der Union deshalb nicht mehr dringend, weil zum einen auf keiner Ebene mehr eine Dominanz von Katholiken befürchtet werden muss und weil zum anderen die katholische Seite nicht mehr einen so unmittelbaren Einfluss auf eine politische Partei ausüben möchte. Katholische Priester dürfen heute keine politischen Mandate mehr wahrnehmen, das war früher anders. Das Selbstverständnis der Katholiken in Bezug auf politische Organisationen hat sich gewandelt, das ökumenische Miteinander – bei allen Problemen – auch.

Wählerbindung im Allgemeinen und Orientierung aus der Verankerung in sozialen Milieus haben deutlich abgenommen, das hat auch seine Probleme, aber das ist ein anderes Thema.

Heute geht es jedenfalls viel mehr um den Rückgang christlichen Engagements in der Politik und in den Parteien insgesamt in einer Bevölkerung, in der teilweise kaum noch die Hälfte einer der beiden christlichen Konfessionen angehört und in der etwa in Berlin nur noch jedes siebente der neugeborenen Kinder getauft wird. Aber auf das Engagement von Christen, evangelischen und katholischen, in der Politik und für die Demokratie, bleiben wir angewiesen und auf das Wertefundament, das auf christlicher Überlieferung gründet, auch.

Da überwiegt das Gemeinsame bei weitem. Beim Streit um Religionsunterricht an staatlichen Schulen oder um LER haben wir das erlebt. Beim Ringen um den Schutz ungeborenen Lebens war das noch teilweise anders, aber bei der Debatte um die Forschung an embryonalen Stammzellen waren Unterschiede zwischen den beiden Kirchen kaum noch zu erkennen. Manchmal konnte man bei der Entscheidung, mit der die EKD eine kirchenamtliche Position gegen differenzierte theologische Meinungen behauptete, fast schon eine Annäherung an katholische Gepflogenheiten des Lehramtes empfinden, die eigentlich protestantischem Selbstverständnis nicht entsprechen. Und gelegentlich hatte ich fast den Verdacht, dass manche zu geringe Entschiedenheit in früheren Abtreibungsdebatten nachträglich zu kompensieren versuchten. Ganz neu wäre das im politischen Engagement von Evangelischen ja nicht, dass man nicht immer eingestandenes Versagen in der Vergangenheit im Nachhinein überkompensiert. Aber das soll mit der gebotenen christlichen Barmherzigkeit nicht weiter vertieft werden.

Wichtiger ist, dass wir in der Zeit grundlegender Veränderungen und atemberaubender Fortschritte von Wissenschaft und Technik die Begrenztheit irdischen Handelns nicht aus dem Auge verlieren dürfen, dass es gegen die Versuchung der Machbarkeit auch Tabus geben muss. Die Geschichte vom Turmbau zu Babel wiederholt sich allzu leicht. Und allen medizinischen Fortschritten und der Steigerung der statistischen Lebenserwartung bis zum Methusalemkomplott zum Trotz bleibt menschliches Leben, irdische Existenz der Unentrinnbarkeit von Werden und Vergehen verhaftet.

Jede menschliche Freiheitsordnung braucht Grenzen und Werteorientierung, wenn sie der

Gefahr widerstehen soll, sich selbst zu zerstören. Aus dem christlichen Verständnis vom Menschen und menschlicher Gemeinschaft, dem christlichen Menschenbild, wie wir in unseren Grundsatzdebatten zu formulieren pflegen, folgt die unverwechselbare, unveräußerliche Würde jedes Menschen, seine Berufung zu Freiheit und Verantwortung und zugleich die Notwendigkeit von Ordnung, Recht und genauso die Gleichheit in aller Verschiedenheit, also auch Toleranz, Pluralismus, Trennung von weltlichem und geistigem Regiment, also Absage an Fundamentalismus wie Totalitarismus. Und es folgt die Verpflichtung zu Brüderlichkeit, Solidarität, weil der Mensch ohne Gemeinschaft nicht leben kann.

Das 21. Jahrhundert wird religiös sein oder es wird nicht sein, soll André Malraux gesagt haben, und selbst Jürgen Habermas hat sich in jüngsten Debatten um Gentechnik oder auch den Irakkrieg der Bedeutung geistlicher Grundlagen für Freiheitsordnungen angenähert. Welche Rolle würde Hermann Ehlers heute spielen, welchen Standpunkt vertreten,

oder anders gefragt, was lehrt uns sein Vermächtnis heute? Das doppelte Gedenkjahr – 100. Geburtstag und 50. Todestag – führt mich zu einem ersten Punkt: Wer bewahren will, muss zu Veränderung bereit sein. Konservativ richtig verstanden heißt nicht, sich dem Fortschritt verschließen, sondern bedeutet, Entwicklungen zu akzeptieren und zu gestalten und aus Erfahrungen zu lernen. Die 50 Jahre seiner Lebensspanne von 1904 bis 1954 reichen vom Kaiserreich über den Ersten Weltkrieg, Weimar, den Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg bis zum Wiederaufbau einer menschenwürdigen Ordnung und einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie. Ehlers haben diese grundstürzenden Veränderungen nicht zu Orientierungsverlust und Resignation geführt, sondern zu einem im Glauben gegründeten Einsatz, zu realistischem Handeln und zu Zuversicht. Die 50 Jahre seitdem beinhalten genauso dramatische Veränderungen – nur wenige Katastrophen –, aber gerade deshalb lehrt uns Hermann Ehlers, dass zu Resignation, Veränderungsscheu,

Welche Rolle würde Hermann Ehlers heute spielen, welchen Standpunkt vertreten, oder anders gefragt, was lehrt uns sein Vermächtnis heute?



Evangelischer Arbeitskreis der CDU / CSU

Pressemitteilung vom 16. 11. 04

Grüne machen unverhohlenen Front gegen christliche Feiertagskultur

Zur Forderung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Hans-Christian Ströbele, einen gesetzlichen muslimischen Feiertag anstelle eines christlichen Feiertages einzuführen, erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:

„Das absurde Feiertagstheater von Rot-Grün geht nun offensichtlich in die zweite Runde: Nachdem die SPD gerade erst die Axt an die Wurzel unserer nationalen Erinnerungskultur legen wollte, zeigen nun die Grünen in unverhohlener Weise ihre Gleichgültigkeit gegenüber den christlich-abendländischen Werten und Traditionen in unserem Land. Die Art, wie der Fraktionsvize der Grünen, Hans-Christian Ströbele, für die Streichung eines traditionellen christlichen Feiertages plädiert, ist nur als abschätzig zu bezeichnen und verletzt die Gefühle von uns Christen.“

Unsere christlichen Feiertage sind keine beliebig verfügbare Dispositionsmasse, sondern wichtige und schützenswerte Kristallisationspunkte sowohl unserer religiösen als auch unserer gesamt-kulturellen Identität. Das Beispiel der Niederlande zeigt überdies, dass eine multikulturelle Ideologie wirkliche Integration und gegenseitiges Verstehen gefährdet. Wer meint, einen christlichen Feiertag durch einen Feiertag einer anderen Religion ersetzen zu können, leistet dem kulturellen Miteinander der Menschen in unserem Land einen Bärendienst. Wer seine eigenen kulturellen und religiösen Grundlagen missachtet, wird auch im Dialog mit anderen Kulturen und Religionen keine Wertschätzung erfahren.“

Verteidigung von Besitzständen, Introvertiertheit weder Grund noch Recht bestehen.

Weil der Mensch in dieser Welt lebt, muss er sie mitgestalten. Das ist die Verantwortung, die untrennbar mit der Freiheit verbunden ist, wie Pflichten und Rechte. Dafür muss man sich einsetzen, engagieren, jeder an seinem Platz und mit seinen Möglichkeiten, mit den anvertrauten Talenten. Das führt zu der Bedeutung von Eliten, ohne die keine freiheitliche Ordnung auskommt. Elite nicht als ererbtes Privileg, sondern als Verpflichtung zu Verantwortung, auch zum Vorbild, weil die Vermittlung von Orientierung auf die Funktion von Vorbildern nicht setzen muss.

Evangelische Verantwortung, das lehrt uns Hermann Ehlers, gründet in festen Wurzeln, glaubensgewiss und der Welt zugewandt.

Einsatz für die Gemeinschaft setzt das Wissen um Zugehörigkeit, Identität voraus, auch Geschichtsbewusstsein, denn wer nicht weiß, wo er herkommt, kann auch nicht wissen, wo er hin will. Ehlers hat sich sehr mit der Krise des deutschen Geschichtsbewusstseins nach 1945 beschäftigt, weil er davon ausging, dass politische Elite in fest umrissenen, gewachsenen Räumen eher wächst.

Das führt zur Subsidiarität. Nähe schafft Vertrautheit, auch Betroffenheit und fördert Orientierung. Die brauchen wir in Zeiten von Globalisierung und beschleunigter Veränderung. Und zur Überwindung der vielfältigen Krise von Wirtschaft und Sozialsystem in unserem Lande einschließlich geringer werdender Bindungskräfte in Politik und Gesellschaft ist Subsidiarität im Sinne von mehr Eigenverantwortung und Engagement geradezu von existenzieller Bedeutung. Wir leiden in Deutschland und Europa ja nicht wirklich an Armut. Wenn unsere Probleme dennoch immer mehr übermächtig erscheinen, wenn Resignation und Teilnahmslosigkeit wachsen, dann hat das viel mit dem Ersticken von Engagement durch Überregulierung und eher mit Überförderung und Unterforderung zu tun. Zukunftsmut und Einsatzbereitschaft, die Hermann Ehlers aus der Erfahrung von seinen 50 Jahren zog, sollten uns heute nach unseren 50 Jahren seit seinem Tod nicht weniger eignen.

Weil Freiheit und Engagement immer auch der Ordnung bedarf, braucht es starke Institutionen, wenn die Demokratie Bestand haben soll. Das Prinzip der Repräsentation hängt mit der Bedeutung von Eliten eng zusammen, und der Parlamentarismus nutzt diesen Zusammenhang für die Zukunftsfähigkeit der Demokratie. Hermann Ehlers, seit 1950 hoch geachteter Präsident des Deutschen Bundestages, hat das vorgelebt. Der Geschwätzigkeit unserer von Info-

tainment und Talkshows geprägten Zeit würde er die Werte von Konzentration, Autorität, Würde und Form entgegenstellen. Carlo Schmid hat das in seiner Gedenkansprache für Hermann Ehlers so formuliert: „Er hat gewusst, dass die Demokratie, die Herrschaft des Volkes, nur dort ihre Wurzeln fest in das Erdreich der Nation zu senken vermag, wo sie fordernd und Achtung heischend auftritt. Und darum hat er, auch in den äußeren Symbolen und in der Art der Vergegenwärtigung des Parlaments nach innen und außen, eifersüchtig darüber gewacht, dass die anderen Gewalten des Staates den dem Parlament nach dem Grundgesetz und den ungeschriebenen Rechten einer jeder demokratischen Ordnung vorbehaltenen Raum achteten und diesem obersten Organ, der sich im Austrag der Gegensätze von Meinungen und Interessen verwirklichenden Volksherrschaft den Respekt erwiesen, der einer Körperschaft gebührt, die unmittelbar Ausdruck des Volkswillens ist“. Auch daraus lässt sich heute etwas lernen, im Umgang der Regierung mit dem Parlament, aber auch im Umgang von uns Abgeordneten selbst mit dem Parlament. Gewiss hat sich die Welt seit damals verändert. Medien und Kommunikation sind anders geworden. Den Anspruch, dass das Parlament zuerst der Ort von Information, Debatte und Entscheidung sein sollte, sollten wir dennoch nicht aufgeben, und ich bin sicher, Hermann Ehlers würde sich dafür einsetzen.

Evangelische Verantwortung, das lehrt uns Hermann Ehlers, gründet in festen Wurzeln, glaubensgewiss und der Welt zugewandt. Auf der Basis von Grundsätzen und wertegebundener Orientierung pragmatisch handeln, weil Mut zur Entscheidung eher findet, wer sich seiner Begrenztheit und Vorläufigkeit bewusst bleibt. Und führen, weil die Ernsthaftigkeit der eigenen Überzeugung auch berechtigt, voranzugehen und anderen ein Beispiel zu geben.

Wenn die Suche nach Beliebtheit oder Popularität zu Beliebigkeit verführt, daraus erwächst nicht Autorität. Hermann Ehlers war ein kantiger Mann. Auf schnellen Beifall war er weniger aus, eher auf nachhaltige Wirkung. Einen festen Standpunkt haben, für seine Überzeugung eintreten, zum Dienst am Nächsten und an der Gemeinschaft bereit sein, nicht engstirnig doktrinär, aber grundsatztreu, das war Hermann Ehlers, und das macht auch heute evangelische Verantwortung aus.

Dr. Wolfgang Schäuble ist stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und erster Träger der Hermann-Ehlers-Medaille des EAK.

70 Jahre Barmer Theologische Erklärung und ihre Bedeutung heute

Präses Nikolaus Schneider

Über die andauernde Bedeutung der „Barmer Theologischen Erklärung“ (BTE) nachzudenken, ist immer wieder neu eine Herausforderung. Diese Erklärung ist eben nicht nur ein theologisches Dokument, sondern richtet sich auch an diejenigen, die unsere Gesellschaft mitgestalten wollen und die sie leitenden Werte mit bestimmen.

Die Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche hat sich in den letzten Mai-tagen des Jahres 1934 in der Gemarker Kirche versammelt. Die Wuppertaler werden an dieses Ereignis täglich – im wahrsten Sinne des Wortes „beiläufig“ – erinnert: In der belebten Einkaufszone von Barmen steht das Denkmal mit den zwei Gesichtern. Auf der einen Seite ist eine jubelnde Menge zu sehen, die dem selbsternannten „Führer“ huldigt; auf der anderen Seite steht die kleinere Schar derer, die Orientierung in der Bibel suchen. Neben dem Hinweis auf die Tagung der Bekenntnissynode und der Veröffentlichung der Barmer Theologischen Erklärung ist auch die leitende Erkenntnis in Bronze gegossen: „Des Herren Wort bleibt in Ewigkeit“.

„Des Herren Wort bleibt in Ewigkeit“ – das ist auch Mahnung und Orientierung für uns, die wir in der Kirche und für die Kirche Verantwortung tragen. Deshalb steht eine Kopie dieses Denkmals im Eingangsbereich unseres Landeskirchenamtes in Düsseldorf.

ZUR BARMER THEOLOGISCHEN ERKLÄRUNG

Entstehung

Die BTE gilt bis heute als schriftgemäße, für den Dienst der Kirche verbindliche Bezeugung des Evangeliums und hat in der Evangelisch-Reformierten Kirche sogar den Rang einer Bekenntnisschrift.

Wie bei allen historischen Dokumenten muss zum richtigen Verständnis der Kontext der Entstehung beachtet werden. In der Rezeption ist die BTE zeitweilig als eine kirchliche Begründung politischen Widerstandes gegen die aufkommende Nazidiktatur gesehen wor-

den oder als eine zeitgemäße Neuformulierung reformatorischer Bekenntnisse.

Das ist sie in ihrer Konsequenz auch geworden. Das war aber nicht ursprünglich intendiert. Vielmehr war es das Ziel, in der Vorbereitung und dann auf der Synode in Barmen selber eine Vergewisserung über den biblisch begründeten evangelischen Standpunkt für die Vertreter und Vertreterinnen reformierten, lutherischen und unierten Bekenntnisses in Not und Bedrängnis dieser Zeit zu erreichen, damit Kirche „Kirche Jesu Christi“ bleibt. Denn es bestand die Gefahr, dass die Evangelische Kirche, getrieben von der ‚Glaubensbewegung der Deutschen Christen‘, in einen deutschvölkischen Götzenkult abglitt. Die „Theologische Erklärung zur gegenwärtigen Lage der Deutschen Evangelischen Kirche“ von 1934 legitimiert sich zunächst mit einem Verweis auf die geltende Kirchenverfassung und die Orientierung an den Bekenntnissen der Kirche. Daran anschließend werden in sechs Thesen „Evangelische Wahrheiten“ formuliert. Sie haben für die Synodalen Bekenntnisrang und richten sich gegen die, „die Kirche verwüstenden und damit auch die Einheit der Deutschen Evangelischen Kirche sprengenden Irrtümer der ‚Deutschen Christen‘ und der gegenwärtigen Reichskirchenregierung“.

Die Erklärung wird mit einem Brief an die Evangelischen Gemeinden und Christen in Deutschland gesandt, verbunden mit der Bitte, alle kirchlichen Verlautbarungen dahin gehend zu prüfen, ob sie bibel- und bekenntnisgemäß sind. Angehängt wird noch eine „Erklärung der Bekenntnissynode zur Rechtslage der Deutschen Evangelischen Kirche“.

Die BTE war also eine unmittelbare Reaktion auf eine Bedrohung der Kirche. Diese Bedrohung war zunächst keine massive physische Bedrohung von außen etwa in dem Sinne, dass die Kirche verboten werden sollte oder dass ihre Mitglieder verfolgt und eingekerkert werden (das hat es dann zweifellos später auch gegeben).

Die Bedrohung hatte vielmehr primär innerkirchliche Ursachen. Eine geistliche Machtübernahme und Infragestellung der Grundlagen und Ziele der Evangelischen Kirche war im Gange durch die „Deutschen Christen“ in Kooperation mit der NSDAP und Organen des nationalsozialistischen Staates. Adolf Hitler selber griff massiv in die Kirchenwahlen des Jahres 1933 ein. Am Vorabend des Wahltages warb er in einer Rundfunkrede



„Des Herren Wort bleibt in Ewigkeit“ – das ist auch Mahnung und Orientierung für uns, die wir in der Kirche und für die Kirche Verantwortung tragen.

massiv für die Kandidatinnen und Kandidaten der deutschen Christen. Das Ergebnis waren deutliche Mehrheiten für die „Glaubensbewegung Deutsche Christen“, so dass lediglich in Bayern, Württemberg und Hannover die deutschen Christen nicht die Leitungsorgane okkupieren konnten.

Vor diesem Hintergrund fühlten sich lutherische und reformierte Christen, seit der Reformation an Schrifttreue als leitendes Prinzip orientiert, herausgefordert, selbst Position zu beziehen. Dieses Prinzip, sich in Bindung an die Heilige Schrift auf die Herausforderungen der Zeit zu beziehen, führte zu dem Dokument, dem wir auch heute noch bekenntnishaft formulierte „evangelische Wahrheiten“ entnehmen können.

Der in Barmen vorgelegte Text ist nicht aus dem Augenblick heraus entstanden. Er hatte Vorläufer: Zum Beispiel Erklärungen von Ulm, Bethel und Düsseldorf.

Die Thesen – Aufbau und Inhalt

Die Stärke der BTE liegt in ihrer sprachlichen und gedanklichen Konzentration bei gleichzeitiger Konkretion und konsequentem Schriftbezug. Allen 6 Thesen sind Bibelworte vorangestellt. Sie sind als Kurzfassung von Kernaussagen der Heiligen Schrift zu dem jeweiligen Thema zu verstehen und sind somit konstitutiver Bestandteil der Thesen.

Dann sind alle Thesen so aufgebaut, dass zunächst eine Position dargestellt wird (Affirmation) – formuliert als Aussage und Bekenntnis. Den Abschluss bildet jeweils die Verwerfung von als falsch erkannter Lehren.

Die BTE ist somit zugleich Beispiel für den zentralen theologischen Grundsatz aller kirchlichen Verkündigung und aller Bekenntnisformulierungen: Kein Nein ohne das begründende Ja! Vom biblischen Wort her sind die Bekenntnisaussagen wie die Verwerfungen zu verstehen. Das Ja ist dem Nein vorgeordnet. Karl Barth, dem die Formulierung der BTE we-

sentlich zu verdanken ist, hat das so verdeutlicht: „Das Nein hat keine selbständige Bedeutung. Es hängt ganz an dem Ja. Es kann nur laut werden, indem das Ja laut wird.“ An anderer Stelle hat er hinzugefügt: Durch das Ja muss der Ruf vorwärts erkennbar werden. Das Fundament der BTE ist das eine Wort Gottes, das den Namen Jesus Christus trägt. Von ihm sagt die I. These, dass er das in der Bibel bezeugte eine Wort Gottes ist, das allein wir hören, dem wir im Leben wie im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben. Diese I. These hat für die gesamte Erklärung die gleiche Funktion wie das 1. Gebot für die 10 Gebote: es ist die Mitte, aus der sich alles Übrige ergibt.

Die II. These macht geltend, das Gottes Wort tröstlicher und befreiender Zuspruch, aber damit zugleich auch Anspruch auf unser ganzes Leben ist.

Die III. und IV. These sagen, dass und wie von diesem Wort her die Kirche von der Gemeinde her zu begreifen ist, wie sie ihren Auftrag als Dienst der ganzen Gemeinde mit ihren unterschiedlichen Ämtern zu verrichten hat.

Die V. These verdeutlicht, dass nicht nur die Kirche Ausdruck und soziale Gestalt der heilsamen Gegenwart und Kraft des Wortes Gottes ist, sondern auch der Staat. Seine Funktion besteht nach Gottes Willen darin, nach menschlichem Maß für Recht und Frieden zu sorgen.

Schließlich werden Selbstverständnis und Auftrag der Kirche kurz und prägnant in These VI formuliert: „Der Auftrag der Kirche, in welchem ihre Freiheit gründet, besteht darin, an Christi Statt und also im Dienst seines eigenen Wortes und Werkes durch Predigt und Sakrament die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk.“

Die Kirche hat also eine Botschaft „auszurichten“, sie hat den Botendienst von der freien Gnade Gottes zu leisten in ihrem Dienst, nicht aus eigener Machtvollkommenheit, sondern

Das Prinzip, sich in Bindung an die Heilige Schrift auf die Herausforderungen der Zeit zu beziehen, führte zu dem Dokument, dem wir auch heute noch bekenntnishaft formulierte „evangelische Wahrheiten“ entnehmen können.



Seit Dezember 2003 haben insgesamt 463 Leserinnen und Leser 22.621,72 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet.

Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Achtung! Neues Konto: Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr.: 266 098-300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK:

Internet: www.eak-cducsu.de

an Christi Statt; ohne staatliche Machtausübung, ohne Zwang, ohne Gewalt. Die Gnadenzusage gilt allen, ob sie es hören wollen oder nicht. Das heißt auch, die Verkündigung hat überall ihren Ort: im kleinsten Gemeindekreis und auf den Podien der Welt. Sie ist eine Herausforderung, sich auch an die zu wenden, die ihre eigenen Konzepte für die Welt haben und deshalb meinen, auf ein darüber hinausgehendes Hören verzichten zu können.

ZUM VERHÄLTNISS VON KIRCHE UND STAAT VOR DEM HINTERGRUND DER V. THESE DER BTE

Während sich die meisten Thesen der BTE mit dem schriftgemäßen Selbstverständnis der Kirche befassen, werden in der V. These Staat und Kirche ihre jeweiligen Aufgaben zugeordnet.

Diese Ordnung bezieht sich auf „die noch nicht erlöste Welt“, auf die Welt, wie sie ist, ohne „paradiesische Zustände“. Die Welt soll also akzeptiert werden in ihren Begrenzungen, mit ihren Fehlern. Es geht darum, nüchtern zu erkennen, dass sie unter der Herrschaft der Sünde steht.

Das vorangestellte biblische Wort:

„Fürchtet Gott, ehrt den König.“ (1. Petr. 2,17)

ist wie bei den anderen Thesen auch nicht „ornamental“, sondern konstitutiv für das Verständnis der nachfolgenden Aussagen! Dennoch geht es hier nicht um „Untertanengehorsam“ und auch nicht um ein beziehungsloses Nebeneinander der so genannten „Zwei Reiche“ – des Reiches Gottes und der durch Könige regierten Reiche dieser Welt. Die Beziehung aufeinander, ja sogar die Rangfolge sind in dem kurzen Bibelwort festgelegt: Die Furcht (im Sinne von „Ehrfurcht“ oder in Luthers Verständnis „Liebe“) gebührt Gott; die Ehre (im Sinne von Achtung) und Respekt kommt dem König / dem Staat zu! Wir können heute prägnanter formulieren: Die BTE sieht gerade den säkularen Staat im Wort Gottes begründet. Die biblische Überlieferung befürwortet einen Staat, der „in der noch nicht erlösten Welt ... nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens ... für Recht und Frieden sorgt.“ Wir vertrauen also der Vernunft der Politik, die sich allerdings auf Werte zu beziehen hat. Der Verneinung von Werten und der neuerlich zu hörenden Einschätzung, es gebe gar keine Werte, sondern nur Spielregeln des Marktes, widersprechen wir energisch! Das wird durch die Positionsbestimmung der

V. These der BTE noch verdeutlicht: Der Staat ist, wenn er Gottes Anordnung gemäß für Recht und Frieden sorgt, eine Wohltat, die den Menschen zu Dank und Ehrfurcht veranlasst – allerdings: nicht gegenüber dem Staat, sondern – gegenüber Gott (!).

Es geht also nicht um eine bedingungslose Anerkennung des Staates in jeder Form oder gar um Unterwerfung. Vielmehr wird anerkannt, dass es in dieser Welt ordnende Strukturen braucht, die hergestellt werden müssen (Rechtsfindung und Rechtssetzung) und die erhalten werden müssen (Frieden). Da diese Prinzipien nicht inhaltlich definiert sind, kommt es bei der Festlegung und Durchsetzung auf „das Maß menschlicher Einsicht und des menschlichen Vermögens“ an – Recht und Frieden kommen nicht ohne Konsens in der jeweiligen Situation aus. Während der Staat zur Aufrechterhaltung der Rechts- und Friedensordnung als „ultima ratio“ Gewalt androhen darf, gilt für die Kirche allein, dass sie der Kraft des Wortes vertraut und gehorcht.

In diesem Sinne richtet sich die Kirche an die Regierenden und Regierten, indem sie an „Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit“ erinnert.

Damit gibt sie keine direkten politischen Handlungsanweisungen, sondern nennt Maßstäbe, Rahmenbedingungen und Kriterien, an denen politisches Handeln zu prüfen und zu messen ist. Selbst wenn die Kirche aus der Gewissheit her lebt, dass „Gott alle Dinge trägt“, so erfolgt daraus noch keine klerikale politische Bevormundung. Die relative Eigenständigkeit des Staates wird anerkannt. Kirche soll also nicht selbst Politik machen, sondern sie soll Politik möglich machen. Ich möchte in diesem Zusammenhang besonders hervorheben, dass Barmen die Verantwortung der Regierten nennt. Diese Verantwortung kann nicht einfach abgeschoben werden, so dass sich die populäre Einschätzung der Politik als ‚schmutziges Geschäft‘, von dem man sich tunlichst fernhalten muss, ausdrücklich verbietet. Hier wird eine grundsätzliche Eigenverantwortung aller Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwesen festgelegt. Weil aber der Staat keinen Absolutheits- oder Totalitätsanspruch hat, ist die Eigenständigkeit des Staates als ordnungsetzende Kraft relativ. Das wird im zweiten Teil der V. These der BTE, in der Verwerfung, ausgesagt. Im Einbringungsreferat hieß es seinerzeit in Barmen (von Hans Asmussen):

„Verkündigt der Staat sein ewiges Reich, ein ewiges Gesetz und eine ewige Gerechtigkeit, dann verdirbt er sich selbst und mit sich sein Volk!“

Der Verneinung von Werten und der neuerlich zu hörenden Einschätzung, es gebe gar keine Werte, sondern nur Spielregeln des Marktes, widersprechen wir energisch!

Ewig ist weder Staat noch Kirche. Das müssen sie auf dem Hintergrund der Rede vom 1000-jährigen Reich hören! Ewig ist das eine Wort Gottes, lebendig geworden in Jesus Christus, der beide – Staat und Kirche – trägt und erhält.

Totalitäre Ansprüche des Staates werden so deutlich zurückgewiesen – das gilt aber natürlich auch für alle Ansprüche dieser Art, z.B. die Ansprüche eines alle Bereiche des Lebens dominierenden Marktes.

HERAUSFORDERUNGEN UND AKTUALISIERUNG FÜR HEUTE: KIRCHE IM SÄKULAREN STAAT

Weltverantwortung als Auftrag

Der aus dem Missionsbefehl abgeleitete und in BTE VI formulierte Auftrag der Kirche, sich „an alles Volk“ zu wenden, führt die Kirche über sich selbst hinaus. Ihr Reden ist gebunden an die Botschaft des Evangeliums, ihr Handeln ist eingebunden in die Nachfolge Christi – und hat dem Heil und dem Wohl aller Menschen zu dienen. Deshalb kann und wird Kirche gerade dann ihren Auftrag verraten, wenn sie nur bei sich selber ist, sich allein auf eigene Interessen konzentriert. Allerdings wird deutlich gewarnt davor, dass sich die Kirche – bzw. einzelne ihrer Mitglieder und Repräsentanten – in den Dienst anderer Zwecke nehmen lassen.

Und es geht darum, dass die Kirche daran erinnert wird, dass sie ihr Argumentieren und Handeln in dieser Welt auszurichten hat „an Christi Statt“, also nach der Klärung der theologischen Grundpositionen und der Anforderungen des Glaubens und der Bekenntnisse. Auch die Art des Auftretens Jesu in dieser Welt ist maßgebend für die Kirche. Sie hat keine staatliche Art und soll staatliche Macht nicht okkupieren. In einer Klammerbemerkung möchte ich an dieser Stelle auf ein selten öffentlich ausgesprochenes ökumenisches Problem hinweisen: Für uns Evangelische ist es ein theologisches Problem, dass der Vatikan ein Staat und damit ein Subjekt des Völkerrechts ist. Der Papst ist also auch ein Staatsoberhaupt. Kardinäle besitzen einen Diplomatenpass. All das steht quer zu unseren evangelischen theologischen Vorstellungen von Kirche. Klammer zu.

Erinnern an Gottes Reich – Vergewissnerung über grundlegende Prinzipien

Kirche, die in die Welt wirken will, muss zunächst ihre eigenen Prinzipien deutlich machen beziehungsweise muss sich ihrer immer wieder neu vergewissern.

„Erinnern an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit heißt zum Beispiel, dass Kirche ihr Verständnis von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen und der daraus resultierenden Würde jedes Einzelnen immer wieder neu betont; das heißt auch, dass sie ihr Eintreten für die Sicherung der Grundbedürfnisse des Menschen, wie das tägliche Brot, die Arbeit, die Gesundheit, aber auch die Sorge für die Seele, biblisch legitimieren kann; oder es heißt, dass sie ihre Vorstellungen vom Zusammenleben der Menschen, zum Beispiel den Schutz der Schwachen und Bedürftigen, den Einsatz für Recht und Gerechtigkeit und auch den verantwortlichen Umgang mit Besitz und Reichtum mit Gottes Weisungen, wie sie in der Bibel bezeugt werden, begründet.

Insofern ist die Ausformulierung einer evangelischen Sozialethik oder einer evangelischen Wirtschaftsethik kein Selbstzweck, sondern antwortet auf die berechnete Erwartung an eine klare, diskutierbare Positionierung unserer Kirche auf diesem Gebieten.

Das darf nicht atemlos und mit andauernden Appellen geschehen, sondern bedarf des wohl begründeten Argumentierens und Agierens; nicht anmaßend im Sinne eines klerikalen Herrschaftsanspruches, sondern als Angebot zum kritischen Dialog.

Besonders der Hinweis auf Gottes Reich ist mir wichtig. Er enthält für die Politik gleichzeitig eine Mahnung und einen Trost. Ihr Handeln als Politikerinnen und Politiker soll keinen Ewigkeitsanspruch haben. Das ist aber auch nicht nötig: das Vorläufige und Begrenzte, auch das Fehlerhafte ist das menschliche Maß. Mehr müssen sie nicht leisten. Sie sollen aber auch daran denken, dass wir alle einmal Rechenschaft ablegen müssen vor unserem himmlischen Richter. Paulus sagt das so: wir werden gerichtet nach unseren Werken und gerettet nach unserem Glauben.

Präsenz der Kirche in der Welt – in Freiheit, mit Distanz und Engagement

Kirche, die die frohe Botschaft des Evangeliums verkündet, muss auch etwas von der Welt verstehen.

Kirche, die sich nicht zurückdrängen lässt oder sich zurückzieht auf innerkirchliche Aufgaben, muss als Institution und mit ihren Mitgliedern präsent sein in dieser Welt. Die gesellschaftliche Entwicklung mit allen ihren Ausdifferenzierungen in den Bereichen von Kultur, Sozialordnung, Politik, Wirtschaft und anderem, ist zu beobachten, nach Möglichkeit ist daran mitzuwirken. Laien und Theologen müssen gemeinsam als Kirche mit ihrem Sachverstand für diese Welt eintreten.

Kirche, die die frohe Botschaft des Evangeliums verkündet, muss auch etwas von der Welt verstehen.

Unsere Kirche lebt nicht in einem isolierten Raum. Sie ist Bestandteil eines Staates, der sich einer positiven weltanschaulichen Neutralität verpflichtet weiß. Dieses schafft ihr die rechtliche Freiheit. Die gültigen staatlichen Gesetze und Ordnungen sind somit anzuerkennen und zu achten. Die Regierung wird aber nicht als Repräsentanz Gottes angesehen, sondern gemäß ihrer weltlichen Natur anerkannt und daran erinnert, dass auch sie Gott verantwortlich bleibt.

Die Achtung der weltlichen Ordnung geschieht allerdings aus der Distanz der eigenen Positionierung heraus. Nur dieses ermöglicht Kooperation bei gemeinsamen Zielen oder kritische Begleitung und Rückfragen. Die entscheidende Frage im Blick auf den Staat ist, ob er dem Recht und dem Frieden dient. An die Wirtschaft muss die Frage gestellt werden, ob sie letztlich – bei aller berechtigten Eigennützigkeit – dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Kirche, die in diesen Dingen sachgerecht sein will, braucht Distanz und muss sie wahren – aber: sie muss sich auch in den öffentlichen Dialog begeben.

Wenn der Kirche ein „Wächteramt in unserer Gesellschaft“ zugesprochen wird, so ist damit gemeint, dass sie sich nach selbstkritischer Prüfung des Grundes ihres Seins und ihres Auftrages in kritischer Freiheit der Tagesordnung der Welt zuwenden kann und soll.

Entsprechend ist die BTE solch ein Dokument kritischer evangelischer Freiheit. Sie verpflichtet die Kirche dazu, diese Freiheit zu wahren, sie zu nutzen und wahrzunehmen; und sie richtet die Erwartung an den Staat, diese Freiheit zu achten. Sie erinnert alle, die politischen und kirchlichen Repräsentanten nicht weniger als die Staatsbürger, an ihre Verantwortung vor Gott und an ihre gemeinsame Pflicht, für Recht und Frieden einzutreten.

Lassen Sie mich auf zwei aktuelle Herausforderungen dieser Tage in besonderer Weise eingehen: Zum einen bitte ich Sie herzlich darum, uns bei allen Bemühungen zu unterstützen, dass z.B. die Weihnachtsmärkte erst nach dem Ewigkeitssonntag beginnen. Es ist von herausragender Bedeutung, dass nicht nur für den einzelnen Menschen, sondern für eine ganze Gesellschaft das Leben einen Rhythmus von Feiertag, Fest und Alltag bzw. Arbeit hat. Eine Einebnung des Lebens in ein ewig gleiches Maß der Zeit tut uns allen nicht gut – die Feste verlieren ihren Glanz, Arbeit und Alltag werden ermüdend. Deshalb ist es auch so wichtig, bei der Diskussion um die Feiertage in unserem Land eine klare Position zu beziehen. Zum anderen möchte ich auf die erschreckenden Vorgänge in unserem Nachbarland Holland eingehen. Es zeigt sich, dass Toleranz ei-

ner Wertefundamentierung bedarf. Es reicht nicht aus, Menschen mit fremder kultureller und religiöser Prägung einfach aufzunehmen und sie dann sozusagen gewähren zu lassen. Notwendig ist ein begründetes, aus dem eigenen Werteverständnis abgeleitetes Gespräch über Gemeinsames und Unterschiedliches, über die Grenzen des Erträglichen und im gegenseitigen Respekt. Nur wer sich selbst und das Eigene definieren kann, der kann auch mit dem Fremden im Zu und Widerspruch vernünftig umgehen. Es sei angemerkt, dass auch unsere z.B. muslimischen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner Wert darauf legen zu erfahren, aus welchen religiösen und kulturellen Bindungen heraus die deutschen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner mit ihnen sprechen bzw. zusammenleben.

Die Herausforderung und den Selbstanspruch, die eigene Botschaft und die Mittel der Verkündigung auf den sozialen, kulturellen, politischen oder wirtschaftlichen Kontext zu beziehen, hat es für die Kirche zu allen Zeiten gegeben. Die reformatorischen Schriften oder die Barmer Bekenntnissynode sind nur zwei herausragende Beispiele für entsprechende Reaktionen.

Nur wer sich selbst und das Eigene definieren kann, der kann auch mit dem Fremden im Zu- und Widerspruch vernünftig umgehen.

ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN

1. Die BTE formuliert „evangelische Wahrheiten“, die nach wie vor Anspruch darauf haben, als Kriterien für den Glauben an Jesus Christus und das Handeln der Kirche zu gelten. Veränderte Rahmenbedingungen – nicht nur im politischen System – fordern dazu auf, uns stets der Grundlagen zu vergewissern und sie auf neue Herausforderungen hin anzuwenden. Insofern bleiben alle Thesen der BTE aktuell.
2. Die BTE ist ein Grundlagentext evangelischer Orientierung und definiert in Grundzügen das evangelische Selbstverständnis. Die in der BTE begründete grundsätzliche Freiheit eines Christenmenschen und der Kirche wird eindeutig und ohne jede Einschränkung an Auslegung und Verkündigung der Botschaft des Evangeliums gebunden, das heißt an die freie Gnade Gottes. Dieses ist und bleibt letzter Prüfstein für den Auftrag der Kirche. Sie kann und darf sich nur verstehen im Dienst an Christi Statt. Die Verfolgung eigenmächtiger Zwecke aus vermeintlich selbstherrlicher Vollmacht heraus entbehrt jeder legitimierender Grundlage. Kirche hat keinen Wert jenseits ihres Auftrages.

3. Die von der Bindung an das Evangelium abgeleitete Freiheit der Kirche ist eine geschenkte Freiheit, nicht erworben oder erkämpft. Sie äußert sich in der freien Verkündigung, aber auch in einem kritisch-konstruktiven Gegenüber zum Staat oder zu anderen weltlichen Mächten und Gewalten. Die Eigenständigkeit und Freiheit der Kirche einerseits und die sich als selbst begrenzt sehenden menschlichen Ordnungen andererseits, wie etwa Staat oder Wirtschaft, ermöglichen nach der Prüfung der Ziele eine Kooperation zum Wohle aller. Widerstand ist jedoch gefordert, wenn sich weltliche Institutionen als „einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens“ verstehen und erklären. Das gilt auch für totalitäre Ansprüche, etwa aus dem Bereich der Ökonomie.
4. In diesem Sinne mahnen die 6 Thesen der BTE die Kirche zur ständigen Wachsamkeit, menschliche Selbstherrlichkeit und eigenmächtig gewählte Wünsche, Zwecke und Pläne auf ihre Grundlagen und Ziele hin zu überprüfen. Dieses gilt auch und zuerst für Selbstverständnis, Verlautbarungen und Erscheinungsform der Kirche selbst, denn anders könnte sie ihren notwendigen Dienst an Politik und Gesellschaft nicht leisten.

Nikolaus Schneider ist Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland

Der Artikel basiert auf einem Vortrag, den Präses Schneider bei der Landesdelegiertentagung des EAK in Nordrheinwestfalen am 20. November 2004 in der Gemarker Kirche in Wuppertal gehalten hat.

Die von der Bindung an das Evangelium abgeleitete Freiheit der Kirche ist eine geschenkte Freiheit, nicht erworben oder erkämpft.



Pressemitteilung vom 10. 12. 04

Rachel: Tag der Menschenrechte mahnt uns zu verstärktem und glaubwürdigem Engagement

Zum heutigen Tag der Menschenrechte erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:

„Der heutige Tag der Menschenrechte mahnt uns, noch intensiver und engagierter auf den Schutz und die Beförderung der elementaren Menschenrechte in aller Welt zu achten. Leider steht die derzeitige Menschenrechtspolitik der rot-grünen Regierung in augenfälligem Widerspruch nicht nur zu ihren immer wieder eigenen Bekundungen, sondern vor allem auch zur dringenden Botschaft dieses Tages. Ob wir nun aktuell nach China, Russland oder in die Türkei blicken, für Bundeskanzler Gerhard Schröder scheint der Schutz der Menschenrechte kein ernst zu nehmendes Anliegen zu sein. Die Bilanz dieser Regierung kann vor dem Hintergrund der eklatanten Menschenrechtsverletzungen in diesen Ländern und andernorts nur als katastrophal bezeichnet werden. Die Forderungen von Menschenrechtsorganisationen, Kirchen und Christen in aller Welt finden in diesem Bundeskanzleramt kein Gehör.

Der EAK der CDU/CSU fordert die rot-grüne Bundesregierung dazu auf, sich endlich mit Entschiedenheit für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen, von Verfolgung und Mord auf der Welt einzusetzen und eine glaubwürdige Außenpolitik im Dienste der Menschenwürde zu betreiben.

Der EAK der CDU/CSU freut sich, dass sein Antrag zur Förderung der Menschenrechte auf dem 18. Bundesparteitag der CDU Deutschlands angenommen wurde und wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass dieses Thema im nächsten Jahr auch innerparteilich den Stellenwert bekommt, der ihm gebührt. Die Menschenrechtspolitik von Rot-Grün ist blanker Zynismus. Demgegenüber ist das Thema Menschenrechte gerade für eine christlich geprägte Politik von höchster Bedeutung. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass allen Menschen dieselben grundlegenden Rechte garantiert werden.“

Evangelisches Leserforum

Schluss mit lustig – Das Ende der Spaßgesellschaft

Peter Hahne,
Johannis Verlag, Lahr/Schwarzwald
2004, 144 Seiten, 9,95 Euro
ISBN: 3-501-05180-8



Dieses bemerkenswerte Buch des bekannten Fernsehjournalisten und Theologen, Peter Hahne, das mittlerweile bereits in 6. Auflage erscheint, ist die ultimative Bereicherung für jeden weihnachtlichen Gabentisch und somit eine „Rettung“ für all diejenigen, die noch schnell etwas Intelligent-Tiefgründiges und zugleich Bewegendes und Anre-

gendes verschenken wollen. Hahne, der sich von der Mehrzahl seiner medialen Zunftsgenossen allein schon durch sein deutliches christliches Frömmigkeitsprofil wohlthuend her-

vorhebt und für seine Schlagfertigkeit und seinen aphoristischen Stil bekannt ist, nimmt auch in seinem aktuellen Buch unmissverständlich Stellung zu den zentralen gesellschaftspolitischen Themen unserer Zeit.

Ausgehend von der „kopernikanischen Wende“ des 11. September 2001 analysiert er messerscharf und ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, das immer offenkundiger zutage tretende Wertevakuum unserer westlichen Spaßgesellschaft. Doch auch manche seiner bissigen und pointierten Invektiven – ob nun zur Bildungsmisere à la Pisa, zu den Blüenträumen der 68er, der Bindungs- und Kinderlosigkeit oder auch der konditionierten Wurzellosigkeit, Verlogenheit und Feigheit weiter Teile unserer Gesellschaft – verfolgen immer nur das eine Ziel, das Hahne dem geneigten Leser wie folgt beschreibt: „Ich möchte Sie durch meine Gedanken, durch meine Ansichten und durch meine Sicht der Dinge einfach anregen. Und hoffentlich auch ein wenig aufregen. Denn nur, wer durch Nachdenken zum Neudenken kommt, kann auch umdenken.“

Von Kreuz und Kopftuch, Kuschelgesellschaft und Wertefrage handelt dieses Buch, von deutscher Weltmeisterschaft im Wehklagen, von Lebenslügen und von falscher Zuschauer- und Stimmungsdemokratie. Bei all den vielen Themen steht aber immer ein deutlicher Impuls im Vordergrund, nämlich der engagierte Appell zu Mut, Glaube und Hoffnung für ein Land, das diese „Tugenden“ gerade in gegenwärtiger Zeit mehr als nötig hat.

Christian Meißner

Die Geschichte des EAK!



Das Buch zum
50-jährigen
Jubiläum des
Evangelischen
Arbeitskreises
der CDU/CSU



Zum Preis von 5,- Euro (inkl. Porto- und Versandkosten). Zu beziehen über:

Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Klingelhofstraße 8, 10785 Berlin,
Telefon: 0 30-22 07 04 32, Telefax: 0 30-22 07 04 36, E-Mail: eak@cdu.de

Aus unserer Arbeit

Das neue Erscheinungsbild des EAK

Seit kurzem hat der EAK ein neues Erscheinungsbild. Das **EAK-Logo** und eine **Bildmarke** sind die Basiselemente des überarbeiteten EAK-Auftrittes, der sich an der CDU-Werbelinie orientiert, die die Partei zu Beginn dieses Jahres vorgestellt hat. Die Bild-

marke des EAK zeigt einen Ausschnitt des Konrad-Adenauer-Hauses, in dem sich die Bundesgeschäftsstelle des EAK befindet, und die Kuppel des Berliner Doms. Die optische Nähe beider Gebäude verdeutlicht das Leitwort des EAK „Brücken bauen zwischen Kirche und Politik“.

Die neuen Corporate Design Konstanten wie Logo, Bildmarke, Kivit-Schrift, Farbspektrum orange/blau und die Fotos in Duplexstellung ergeben ein professionelles Ganzes. Alle erstellten

Werbemittel und zukünftigen Werbemaßnahmen orientieren sich an diesem neuen Erscheinungsbild.

Auch der **EAK-Internetauftritt** präsentiert sich in neuem Gewande. Logos, Bildmarke, Schrift und Farbgestaltung sind der neuen Linie angepasst. Hinzu kommen zahlreiche anwenderfreundliche Funktionen, wie ein **Suchsystem**, eine **Download-Möglichkeit** und ein vielseitig verwendbares **Kontaktformular**, die dem Nutzer einen verbesserten



Das Logo ohne Rahmen lässt EAK markiger erscheinen.

EAK
Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Kontakt Links Home + Suche *Brücken bauen zwischen Kirche und Politik*

Wir über uns
Organisation
Presse
Termine
"Evangelische Verantwortung"
Berliner Theologische Gespräche
Bundestagung
Hermann-Ehlers-Medaille
Mitgliederbereich
Materialien
Spenden
Download

Willkommen beim Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Der EAK ist eine Sonderorganisation der Unionsparteien, der alle evangelischen Mitglieder von CDU und CSU vertritt. Derzeit zühlt der EAK über 203 000 Mitglieder.

Der EAK wurde 1952 in Siegen vom damaligen Bundestagsprüasidenten, Oberkirchenrat Dr. Hermann Ehlers, gegründet. Ehlers Anliegen war es, die evangelische Stimme in der Partei zu einen und zu stürken.

„Die Idee der Gründungsüter und -mütter des EAK war von Anfang an, dass unsere Partei eine kontinuierliche, christliche, ja evangelische Begleitung ihrer Politik braucht.“
Thomas Rachel, MdB, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Thomas Rachel, MdB, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Bis heute verfolgt der EAK das Ziel, protestantisches Denken und protestantische Überzeugungen in die Unionsparteien einzubringen und evangelische Christen zum politischen Engagement zu ermutigen. Es ist für den EAK besonders wichtig, für seine Arbeit Menschen zu gewinnen, die in Kirche und Politik zu Hause sind.

Aktuelles

Neuer Internetauftritt des EAK Seit dem 20. Oktober 2004 hat der EAK einen neuen Internetauftritt. <->

Der EAK auf dem Kongress christlicher Führungskrüfte in Nürnberg Besuchen Sie uns beim EAK-Infostand auf dem Messgelünde/Frankenhalle (Halle 11.1/ Ebene 1, Standnummer 34)! <->

Hier finden Sie unsere Landesarbeitskreise und Landesgeschäftsstellen.

Die neue Internetseite des EAK jetzt unter www.eak-cducsu.de.

Service bieten. Der vom EAK vergebenen **Hermann-Ehlers-Medaille** ist eine eigene Rubrik gewidmet, unter der man die Preisträger und Näheres über Hermann Ehlers erfahren kann.

Eine weitere Neuerung ist, dass es nunmehr einen **geschützten Bereich** gibt, der nur für **Mitglieder** über ein Passwort zugänglich ist.

Das Passwort kann über die EAK-Bundesgeschäftsstelle erfragt werden. In diesem Bereich können die einzelnen Landesver-

bände zum Beispiel ihre Pressemitteilungen oder Resolutions-texte hinterlegen. Auch haben die Landes- und Kreisverbände die Möglichkeit, über diesen Bereich ihre eigene Geschäftsausstattung inklusive Briefpapier und Visitenkarten zu erhalten. Auch die **Landesverbände des EAK** orientieren sich an diesem neuen Erscheinungsbild.

So wurde kürzlich der Internetauftritt des NRW-Landesverbandes ebenfalls überarbeitet (www.eak-nrw.de). Weitere Lan-

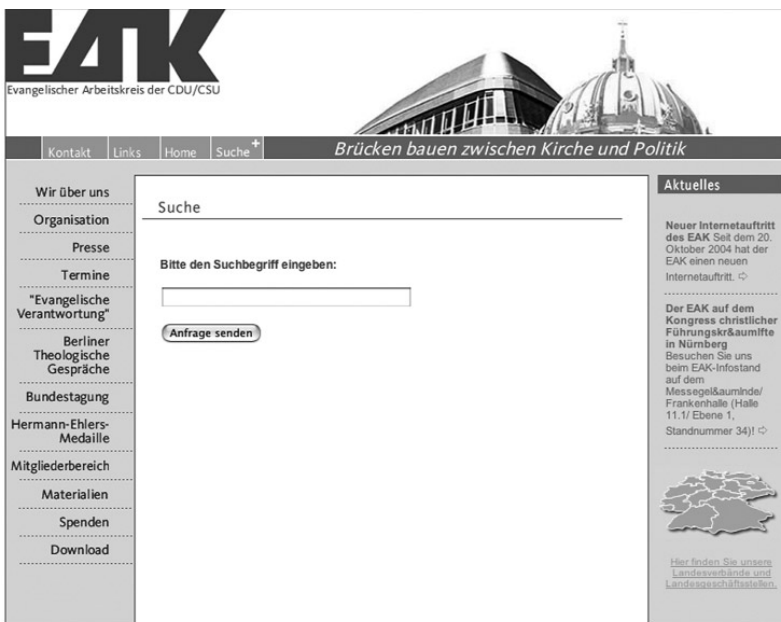
desverbände werden folgen. Auch für die Kreisverbände wird eine eigene Internetseite geplant.

Der überarbeitete Leitfaden informiert kurz und knapp über die Geschichte des EAK, über seine Arbeit und seine Zielsetzungen. Unterstützt wurde der EAK von der Berliner Werbeagentur kol-lundkollegen.

Zu erreichen ist der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU unter www.eak-cducsu.de



Wort- und Bildmarke EAK



In Sekunden wird die komplette Internetseite nach dem Suchbegriff abgetastet. Das spart Zeit und Kosten.

EAK vor Ort mit ganz neuer verlinkter Karte – angelehnt an die CDU-Optik

EAK-Baden-Württemberg in Reutlingen zum Thema „Zwischen Gottesstaat und Laizismus“ Hans-Michael Bender wieder gewählt

„Grundsätze und Grenzen müssen auch in der Politik wieder deutlicher herausgestellt werden“, forderte Innenminister **Heribert Rech** während der diesjährigen Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU in Baden-Württemberg. Grundsätze seien in Deutschland vor allem auch die christlichen Werte und Wurzeln, die einer Werteordnung einen stabilen Rückhalt geben. Im



Hans-Michael Bender (links) und Innenminister Heribert Rech (rechts) während der diesjährigen EAK-Landestagung in Reutlingen

Hinblick auf die Zuwanderungs- und Integrationsproblematik warnte der Innenminister: „Wir dürfen keine Parallelgesellschaften zulassen“. Der Erwerb der deutschen Sprache sei Voraussetzung für eine gelungene Integration. Der Minister lobte dazu die vorgelegten Kernthesen des EAK zum Themenkomplex Gottesstaat und Laizismus. Rech bekräftigte, dass nur eine kleine Minderheit von Muslimen in Baden-Württemberg als extremistisch einzustufen ist. Diese gelte es aber genau zu beobachten. Die Grenze der Toleranz sei für ihn überschritten, wenn die Sicherheit der Bevölkerung in Gefahr gerate. Die aktuellen Entwicklungen in den Niederlanden verfolge er mit großer Sorge.

Mit der Frage nach der Neutralität des Staates in Fragen der Reli-

gionsausübung beschäftigte sich der zweite Hauptredner der gut besuchten Veranstaltung, Privatdozent **Dr. Werner Thiede** von der Universität Erlangen. Eine vollkommene Trennung beider Bereiche könne es nicht geben, unterstrich der Theologe. Staatliche Versuche in der Geschichte, ein Gemeinwesen auf ein reines Vernunftdenken zu gründen, seien zuweilen in gefährliche Sackgassen mythologischer Überhöhungen des Atheismus oder der Agnostik gemündet.

Der EAK-Landesvorsitzende **Hans-Michael Bender** zog eine positive Bilanz der vor zwei Jahren fusionierten EAK-Landesverbände Baden und Württemberg. Man sei sich einig in der Zielsetzung, Politik aus christlicher Verantwortung zu vertreten und christliche Wertmaßstäbe auch in der CDU Baden-Württemberg einzufordern. Der Landtag stand auch im Zeichen von Neuwahlen des Vorstands. Die Wahlen, die durch Grußworte von Dekan **Dr. Jürgen Mohr**, Bürgermeister **Robert Hahn**, EAK-Bundesgeschäftsführer **Christian Meißner** und CDL-Landesvorsitzender **Josef Dichgans** in Anwesenheit von Staatssekretär **Dieter Hillebrand** und dem EAK-Ehrevorsitzenden **Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski** aufgelockert wurden, ergaben folgende Ergebnisse: **Hans-Michael Bender** (Vorsitzender), **Franz Do-**

leschal, **Hannelore Laukemann**, **Martina Sturm** und **Peter Schuster** (jeweils Stellvertreter), **Ulrich Jank** (Kassenbeauftragter), **Dr. Norbert Lurz** (Pressebeauftragter), **Dr. Christian Herrmann**, **Johannes Bräuchle**, **Daniel Neudorfer**, **Apostolos Millionis**, **Dr. Martin Schmid**, **Klaus Schirrmacher**, **Harald Pfeiffer**, **Ramona Hirsch** (jeweils Beisitzer).

Volkmar Klein neuer Landesvorsitzender des EAK in Nordrhein-Westfalen

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU-NRW hat bei seiner jüngsten Landestagung in der Gemarker Kirche in Wuppertal-Barmen den Burbacher Landtagsabgeordneten **Volkmar Klein** (44) zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Er wurde damit Nachfolger von **Thomas Rachel** MdB, der dieses Amt seit 1995 wahrgenommen hatte. Toleranz ohne Grenzen sei Gleichgültigkeit und deshalb weder in der Familie noch im Staat ein brauchbares Konzept, sagte Volkmar Klein. Unsere offene und tolerante Gesellschaft habe sich auf der Basis unserer christlich geprägten Wertvorstellungen und Kultur entwickelt. Diese Offenheit gelte ganz selbstverständlich gerade auch für andere Religionen in Deutschland. Umso wichtiger sei es deshalb, sich



v. links: Hennig Aretz, Volkmar Klein, Renate Sommer, Rüdiger Heupel, Helge Schilling, Thomas Rachel

nicht von den Wurzeln zu distanzieren. Die tolerante Gesellschaft dürfe sich nicht selbst den Boden unter den Füßen wegziehen lassen. Volkmar Klein: „Deshalb ist der Vorschlag der Grünen, einen christlichen Feiertag gegen einen islamischen einzutauschen, völliger Unfug.“ Der Evangelische Arbeitskreis ist ein Zusammenschluss evangelischer Christen innerhalb der CDU und wurde 1952 in Siegen auf Initiative des damaligen Siegener Oberbürgermeisters **Ernst Bach** gegründet. Ernst Bach selbst ist Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises in Westfalen gewesen.

Traditioneller EAK-Empfang bei der EKD-Synode

„Keiner lebt für sich allein – Vom Miteinander der Generationen“ – so lautete das Schwerpunktthema der 3. Tagung der 10. EKD-Synode, die im Herbst dieses Jahres in Magdeburg zusammenkam. Traditionell lud der EAK auch in diesem Jahr wieder die Synodalen zu einem Empfang im Rahmen der Synode ein.

Der Bundesvorsitzende des EAK, **Thomas Rachel MdB**, begrüßte die fast 200 Gäste in Magdeburg sehr herzlich, insbesondere die Präses der Synode, **Barbara Rinke**, und den Ratsvorsitzenden der EKD, **Bischof Dr. Wolfgang Huber**. In seiner Ansprache ging Rachel darauf ein, dass die Synode mit dem Thema „Generationengerechtigkeit“ das zentrale gesellschaftspolitische Schlüsselthema in unserem Land aufgreife. Neben der politischen Diskussion um die besten und tragfähigsten Modelle der Absicherung unserer sozialen Sicherungssysteme gebe es eine weitere, unverzichtbare Tiefendimension des Themas, nämlich die ihrer wertegebundenen Grundvoraussetzungen: Denn unser freiheitlicher Rechts- und Sozialstaat lebe bekanntermaßen entscheidend von Voraussetzungen, die er nicht selbst schaffen könne, sondern die – umgekehrt – ihn

selbst historisch erst hervorgebracht hätten. Diese Voraussetzungen seien ethischer und religiöser Natur. Würden diese Wertmaßstäbe, die nun einmal zum wesentlichen Teil aus den großen christlich-abendländischen Traditionen stammen, aufgegeben, würden wir uns auch des Grundes berauben, auf dem wir unsere Zukunft bauen wollen.

Ferner thematisierte Rachel die Absicht der Bundesregierung, künftig des Tages der Deutschen Einheit stets an einem Sonntag zu gedenken. Dies sei ein Verrat an dem wichtigsten Erinnerungsdatum der Deutschen Einheit selbst, aber auch eine Geringschätzung des Sonntags als des Tages der Ruhe und des Gottesdienstes.

In ihrem Grußwort brachte Präses Rinke zum Ausdruck, dass sie sich freue, dass sich der EAK-Empfang zu einer festen Größe innerhalb der EKD-Synode etabliert habe. Anschließend waren alle Anwesenden herzlich eingeladen bei Wein, Saft und Bier und gestärkt durch einen Imbiss, das Gespräch miteinander zu suchen, was bis in die späten Abendstunden von allen Beteiligten auch gerne angenommen wurde.

EAK Berlin und Brandenburg widmet sich dem Thema „Soziale Gerechtigkeit“

Das Schlagwort "Soziale Gerechtigkeit" beherrscht die aktuelle wirtschafts- und sozialpolitische Debatte wie kein zweites. Es ist zum Schlachtruf derer geworden, die auf eine Ausweitung der umverteilenden Rolle des Staates drängen und ihre Besitzstände gegen jegliche Reformen verteidigen wollen. Gleichzeitig dient er denen, die sich für eine umfassende Reform der sozialen Sicherungssysteme und des deutschen Steuersystems einsetzen, als begrundendes Argument.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU in Berlin und Brandenburg nahm diese Debatte zum Anlass, mit dem Ratsvorsitzenden der

EKD, **Bischof Dr. Wolfgang Huber**, und dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Dr. Wolfgang Schäuble**, zur Begriffsklärung beizutragen.

Die stellvertretende Ländervorsitzende des EAK Berlin und Brandenburg, **Silke Adam**, begrüßte die über 200 Anwesenden im „Zentrum Lehrter Straße“ der Berliner Stadtmission, das für diese Diskussion ein guter Gastgeber war, da die Belange der schwächsten Glieder der Gesellschaft zu oft unter den Tisch fallen. **Pfarrer Hans-Georg Filker**, Direktor der Berliner Stadtmission, stellte die Arbeit des Zentrums zwischen Knast (Moabit) und Kanzleramt vor, welches Anlaufstelle für die neuen urbanen sozialen Probleme ist.

Einen Schwerpunkt in den Erörterungen der Referenten nahm die strukturelle Benachteiligung der Familien ein. Bischof Huber beschrieb mit einem sehr treffenden Bild die Situation: „Mit einem Bernhardiner findet man leichter eine Wohnung als mit einem Kind.“ Dr. Schäuble bezeichnete die Familie als Grundlage für unseren Sozialstaat und sprach sich



v. links: Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Guido Heinen, Prof. Dr. Wolfgang Huber

dafür aus, dass Kinderlose höhere Beiträge zur Renten- und Pflegeversicherung zahlen sollen.

Den Zuhörern konnten unter der bewährten Moderation von **Dr. Guido Heinen**, Die Welt, zwar nicht alle Fragen beantwortet werden, jedoch war man sich ei-

nig, dass die Menschen in unserer Gesellschaft wieder mehr gegenseitige Verantwortung übernehmen müssten.

EAK auf 18. Parteitag der CDU Deutschlands

Auf dem diesjährigen 18. Parteitag der CDU Deutschlands in Düsseldorf präsentierte sich der EAK der CDU/CSU mit seiner neuen Internetseite und neuer „Corporate Identity“. Neben seiner regulären Standpräsenz auf dem Messege-



Auf dem CDU-Parteitag: (v. links) Thomas Rachel, Margarete Iversen, Julia Scheel, Dirk v. Hahn, Christian Meißner

lande brachte der EAK inhaltlich insgesamt fünf Initiativanträge ein, und zwar zur Förderung des Religionsunterrichtes, zur Wahrung der Menschenrechte, zum Thema Generationengerechtigkeit (durch den Impuls des EAK-Saarland), zum Thema Patientenverfügung sowie zur privilegierten EU-Partnerschaft der Türkei (s. www.eak-cducsu.de/web/download.php). Hiervon wurden die Anträge zum Thema „Menschenrechte“ und „Religionsunterricht“ (mit kleinen Änderungen) vom Parteitag mehrheitlich angenommen, die Forderungen bezüglich der Patientenverfügungen an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen. Als EAK-Kandidatin wurde die hessische Kultusministerin **Karin Wolff MdL** in den CDU-Bundesvorstand gewählt.

EAK Landestagung in Thüringen

Die Landesvollversammlung des EAK Thüringen hat einen neuen Landesvorstand gewählt und in einer öffentlichen Veranstaltung an den Gründer des EAK, Hermann Ehlers, erinnert. Gegenüber der Presse sprach sich der neue Landesvorstand unter Hinweis auf „die Lage der christlichen Kirchen in der Türkei und die eingeschränkte Religionsfreiheit“ dagegen aus, die Aufnahme der Türkei in die EU zurzeit

ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Die Versammlung bestätigte den Stadtrödaer Pfarrer **Martin Johannes Göttching** ebenso wie die Stellvertretenden Vorsitzenden **Johanna Köhler** und **Klaus-Dietrich Hoffmann** im Amt. Dem insgesamt 15 Personen umfassenden Landesvorstand gehören bisherige und mehrere neue Mitglieder an. Die CDU-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag und stellvertretende Bundesvorsitzende des EAK, **Christine Lieberknecht**, sowie der Generalsekretär der CDU Thüringen, **Mike Mohring**, sicherten dem EAK-Landesverband volle Unterstützung für seine Arbeit zu. Der EAK-Bundesgeschäftsführer, **Christian Meißner**, übermittelte die besten Grüße aus Berlin. Im Zentrum des anschließenden

öffentlichen Vortrags stand das eigenständige deutschlandpolitische Profil Hermann Ehlers', das ihm viel Anerkennung sicherte, zeitweilig aber auch den Argwohn Konrad Adenauers erregte. Wie der Historiker **Dr. Karl-Ekhard Hahn**, Mitarbeiter der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag und Mitglied im Landesvorstand des EAK, ausführte, habe Ehlers der Politik der Westintegration zwar grundsätzlich zugestimmt, anders als der Bundeskanzler aber darauf bestanden, deutschlandpolitische Spielräume gründlicher auszuloten. „Protestantismus und Patriotismus, Volk, Staat und Nation bildeten bei Ehlers ein gedankliches Deutungsmuster, das seine Einstellung zum westdeutschen Kern- und Teilstaat, zur nationalen Selbstbehauptung und Selbstfindung nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs, zur Wiedervereinigungsproblematik und zu Europa bestimmte“, umriss Hahn den gedanklichen Hintergrund, der Ehlers' Deutschland- und Europapolitik entscheidend bestimmte. In zahlreichen Veröffentlichungen habe er den Zusammenhang zwischen politischen Entscheidungen und ihren historisch-kulturellen Voraussetzungen verdeutlicht. Gerade weil jüngsten sozialpsychologischen Studien zufolge das Gefühl, mit der Westintegration im Stich gelassen worden zu sein, in den neuen Ländern noch immer virulent ist, sollte nach Meinung Hahns an Politiker wie Hermann Ehlers häufiger erinnert werden. Mit Blick auf die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wies der EAK-Landesvorstand darauf hin, dass sich „trotz Versprechungen und einzelner Verbesserungen auf dem Papier die Lage der christlichen Kirchen in der Türkei nicht wesentlich verbessert hat“. Dies werde auch durch den jüngsten Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission noch einmal bestätigt. Der Landesvorstand kündigte an, die Verhandlungen auch in Thüringen durch Veranstaltungen zu



v. links: Christian Meißner, Mike Mohring, Christine Lieberknecht, Martin Johannes Götttsching

begleiten, „um Klarheit in den Fragen zu erhalten, die Europa als Wertegemeinschaft angehen“, so Götttsching.

EAK Wetterau diskutierte über christliche Zuwanderungspolitik

Der EAK Wetterau lud nach Rosbach ein, um mit dem bayerischen Innenminister **Dr. Günther Beckstein** und **Dr. Wolfgang Gern**, dem Vorsitzenden des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau, die Frage zu diskutieren, ob es eine christliche Zuwanderungspolitik gebe.

Nach Grußworten des EAK-Kreisvorsitzenden **Tobias Greilich** und des CDU-Kreisvorsitzenden **Norbert Kartmann** stellten Beckstein und Gern zunächst ihre Positionen dar, bevor das Publikum Gelegenheit erhielt, eigene Fragen zu stellen. Dabei erlebten die rund 100 Anwesenden, darunter viele Gäste aus Politik und Kirche, eine zweieinhalbstündige Diskussion, die von weitgehender Übereinstimmung geprägt war.

Es wurde deutlich, dass bei beiden Diskussionspartnern außer Frage steht, dass der dem Asylrecht zugrunde liegende humanitäre Gedanke, der auf unserem christlichen Wertegefüge basiert, auch im neuen Zuwanderungsgesetz seine Berechtigung hat. Schon die Herangehensweise des Gesetzgebers zeigt die christliche Prägung der deutschen Zuwanderungspolitik und beantwortete die zentrale Fragestellung der Veranstaltung. Weil insofern ein grundlegender Konsens bestand, beschäftigte sich die Diskussion überwiegend mit Fragen der Integration, auch als Aufgabe der Kirche.

Für beide Diskussionspartner setzt Integration zunächst eine echte Integrationsbereitschaft in Deutschland lebender Ausländer voraus, was auch die Erlangung umfassender Sprach-, Geschichts- und Rechtskenntnisse umfasst. Unabdingbar sei aber ebenso die vollständige Anerkennung unserer Rechtsordnung und ihrer zugrunde liegenden Werte und Normen, was am Beispiel des islamischen Frauenbildes und der Legitimität von Gewalt festgemacht wurde. Es herrschte Übereinstimmung, dass gewaltbereite oder gewalttätige Ausländer in Deutschland keinen Platz haben.

Kontrovers hingegen wurde der Umgang mit humanitären Härtefällen ausreisepflichtiger Ausländer diskutiert. In Hessen wird dafür eine Härtefallkommission eingerichtet, die – im Gegensatz zu anderen Bundesländern – jedoch keine zivilgesellschaftliche Beteiligung von Kirchen oder Hilfsorganisationen zulässt, sondern Teil des parlamentarischen Petitionsausschusses sein wird,



v. links: Tobias Greilich, Tobias Uter, Dr. Wolfgang Gern, Dr. Günther Beckstein, Norbert Kartmann

damit Entscheidungsebene und Verantwortungsebene nicht getrennt werden. Während Dr. Gern sich für eben diese zivilgesellschaftliche Beteiligung aussprach, schlug Dr. Beckstein den Kirchen vor, Härtefälle benennen zu dürfen, sofern sie auch die Kosten übernehmen.

Der EAK-Kreisvorsitzende Tobias Greilich zeigte sich sehr zufrieden mit dem gelungenen Auftakt zu einer Veranstaltungsreihe, in deren Rahmen in den kommenden Monaten noch weitere Diskussionsrunden stattfinden sollen.



Jetzt schon vormerken:

42. Bundestagung des EAK vom 10.–11. Juni 2005 in Heidelberg

Unsere Autoren:

Dr. Wolfgang Schäuble MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Präses Nikolaus Schneider
Evangelische Kirche im Rheinland
Hans-Böckler-Straße 7
40476 Düsseldorf

Christian Meißner
EAK-Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Liebe Leserin, lieber Leser,

durch Ihre tatkräftige Mithilfe und finanzielle Unterstützung ist es dem Evangelischen Arbeitskreis gelungen, auch im Jahr 2004 wieder deutlich in Erscheinung zu treten. Ohne Ihre zahlreichen und zum Teil sehr großzügigen Spenden, für die ich mich ganz herzlich bei Ihnen allen bedanken möchte, hätten wir dieses große und für uns alle so wichtige Hermann-Ehlers-Jahr nicht in der Weise gestalten können, wie wir es getan haben. Das Spendenaufkommen betrug in diesem Jahr insgesamt 22.621,72 EUR (463 Spender, Stand: 10.12.04).

Gerade in den Zeiten eines schwindenden christlichen Glaubens- und Wertebewusstseins darf unsere evangelische Stimme in Politik und Gesellschaft nicht verstummen, sondern muss weiterhin klar und deutlich vernehmbar bleiben. Es ist meine feste persönliche Überzeugung, dass wir gerade zukünftig in noch größerem Maße begreifen werden, dass eine verlässliche und glaubwürdige christdemokratische Politik zum Wohle aller Menschen in unserem Land nur dann dauerhaften Erfolg haben wird, wenn wir genau wissen, wo wir stehen und gewiss und freudig bekennen, von wo wir herkommen. Ihre Güte und Großzügigkeit, mit der Sie uns in den vergangenen Monaten erneut unterstützt haben, und auf die wir auch weiterhin hoffen, möge Gott vielfältig segnen.

Mögen Sie, Ihre Familien und Ihre Lieben in dieser Weihnachtszeit Kraft und Hoffnung, Friede und Freude erfahren von dem, der da ist und der da war und der da kommen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Christian Meißner
(Bundesgeschäftsführer)

Überweisungsauftrag/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

Bankleitzahl

Empfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)
E v a n g e l i s c h e r A r b e i t s k r e i s

Konto-Nr. des Empfängers Bankleitzahl
2 6 6 0 9 8 3 0 0 1 0 0 4 0 0 0 0

bei (Kreditinstitut)
C o m m e r z b a n k B e r l i n

EUR Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer – noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Auftraggebers – (nur für Empfänger)

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen á 27 Stellen)

Kontoinhaber/Einzahler: Name (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

18

Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Beleg/Quittung für den Kontoinhaber

Empfänger
Evangelischer Arbeits-
kreis der CDU/CSU

Konto-Nr. _____ bei _____
266098300 10040000
EUR

Kontoinhaber/Einzahler

(Empfangsbestätigung der annehmenden Kasse/Bank)